Nr. 18/2012



Zeitung
der Sozialen Liste Bochum

Konzerthaus:

Baubeschluss soll 2013 erfolgen

Bochums Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz teilte kürzlich mit, dass sichergestellt werden soll, dass „Anfang kommenden Jahres positiv über einen Bauantrag entschieden werden kann."

In der bekannten Art des sogenannten Bochumer Stils hatte sich eine deutliche Mehrheit von CDU und SPD im Bochumer Rat für die Realisierung der Konzerthausspläne ausgesprochen. Für die Soziale Liste im Rat hatte Günter Gleising nochmals die Ablehnung des Prestigeobjektes begründet und vorgerechnet, dass die bekannt gegebenen Zahlen weder die tatsächlichen Baukosten noch die Unterhaltungs- und Folgekosten erfassen. Gleising: „Der große Traum vom Konzerthaus könnte so wegen der hohen finanziellen Risiken zu einem Alptraum werden."



Neben der Sozialen Liste sprachen sich die Partei die Linke und das Ratsmitglied Norbert Siewers (CDU) eindeutig gegen den Bau des Konzerthauses aus. Nachdem ein Modifizierungsantrag der Grünen abgelehnt worden war, stimmten auch die Ratsmitglieder der Grünen und der UWG gegen die vorgelegte Beschlussvorlage.

Siehe auch Seite 2

'Anschlussverwendung':

Unwort des Jahres

Die Soziale Liste hat die Schließung der letzten Filialen der früheren Drogeriemarktkette Schlecker zum Anlass genommen, um auf die skandalösen Ereignisse um die Insolvenz und die Vernichtung von über 10.000 Arbeitsplätzen hinzuweisen.

In Bochum war Schlecker ursprünglich mit 45 Filialen vertreten. Der Schleckerkonzern ist ein typisches Beispiel der zynischen Verwertungslogik des Kapitalismus und des wirtschaftlichen und politischen Geistes in der Bundesrepublik. Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste, hat kürzlich den Ausspruch von FDP-Chef Phillipp Rösler eine „Anschlussverwendung' zu finden als Unwort des Jahres vorgeschlagen. In einer Mitteilung an die „Unwort des Jahres"-Redaktion heißt es: „Dieses Wort zeigt in besondere Weise die soziale Kälte und politischen Abgehobenheit von Politikern. Es wurde im Zusammenhang mit der Diskussion um Hilfen für die Beschäftigten der Drogeriemarktkette Schlecker, den sogenannten Schleckerfrauen, kreiert."

Opel-Werke:

Im Mittelpunkt steht die Eigentumsfrage

Fast täglich neue Schlagzeilen über Opel. Vielfach wird Erfundenes genutzt, um in der nachrichtenarmen Sommerzeit die Zeitungen und Sendeplätze zu füllen. Die Berichte über eine Zusammenarbeit von General Motors und dem französischen Autokonzern PSA Peugoet Citroen bilden hier allerdings eine Ausnahme.


Demo vor dem Schauspielhaus

Wie immer geht es ums Geld. Die Zusammenarbeit der beiden Konzerne beim Einkauf und der Produktentwicklung ist vereinbart, weitere Bereiche könnten folgen. Ziel der Pläne ist es mit geringeren Kosten einen höheren Gewinn zu erzielen. Der Opel-Konzern hat vor der Sommerpause der Stadt Bochum, dem Rat, der Belegschaft und der Öffentlichkeit die bereits bekannte unsichere Situation für die Bochumer Opel-Werke mitgeteilt. Eine Perspektive will der Konzern nicht geben.

„Das Werk II in Langendreer wird Ende nächsten Jahres geschlossen" und das „Gelände zu marktüblichen Preisen verkauft" so ein Konzernsprecher. „Wir haben für das Werk II keine Verwendung mehr". Für das Werk I in Laer gelten nach Worten von Opel „keine betriebsbedingten Kündigungen" bis Ende 2014. Außerdem halte der Mutterkonzern General Motors an seiner Marktstrategie fest, in Deutschland gefertigte Autos der Marke Opel nur in Mitteleuropa zu verkaufen. Diese bereits bekannten Positionen machen erneut die hundertprozentige Abhängigkeit von Opel vom amerikanischen Mutterkonzern General Motors deutlich. „Es wird klar, dass eine langfristige Erhaltung des Opelstandortes in Bochum nur möglich erscheint, wenn die Eigentumsverhältnisse geändert werden und Opel aus dem GM-Konzern gelöst wird", kommentiert Günter Gleising, die Erklärung von Opel und General Motors.

Fortsetzung Seite 3

Computer und Drohnen:

Neue Waffen für neue Kriege



Der 1. September wird seit vielen Jahren als Antikriegstag begangen um für den Frieden einzutreten und auf Rüstung und Kriege hinzuweisen. In einem Aufruf weist der DGB auf die 60 Millionen Toten allein im II. Weltkrieg hin.

Der DGB: „Von einem stabilen Frieden auf der Welt sind wir weit entfernt". Die Friedensbewegung stellt die Rolle der Bundsrepublik als großen Waffenproduzenten und Exporteur heraus. Die Bundesregierung und die Bundeswehr haben eine neue Etappe der Hochrüstung eingeleitet, wobei modernste Technik zum Einsatz kommen soll. So soll die Bundeswehr mit „unbemannten Flugsystemen", den sogenannten Drohnen (Foto), ausgerüstet werden. Spionageboote der Marine beginnen, wie jetzt vor Syrien, aktiv in bewaffnete Konflikte oder Kriege einzugreifen. Eine neue Spezialeinheit innerhalb der Bundeswehr soll den Computer-Krieg möglich machen. „Die gefährliche Entwicklung, die auch uns extrem bedrohen, sollten auch für uns Anlass sein, aktiv für Frieden und Abrüstung zu werben", sagt Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste.

Drastische Preiserhöhungen bei Benzin, Strom und Gas:

Gewinnexplosion bei Konzernen

Strom und Gas sollen deutlich teurer werden, der Benzinpreis ist in den letzuten Wochen drastisch erhöht worden. Ursachen: Die Gewinnsucht der Konzerne und die Politik der Bundesregierung. Während der Energiekonzern Eon im ersten Halbjahr 2012 einen Gewinn von 3 Milliarden Euro verbuchte, müssen die Verbraucher von Energie mit höheren Preisen im Herbst rechnen.

Die Bundesregierung treibt den Strompreis (für die VerbaucherInnen) in die Höhe. Die Großunternehmen, die viel Strom verbrauchen, werden finanziell entlastet und die Kosten für diese Lobbypolitik den Kleinkunden aufbürdet. Die Folge: Erneute Strompreiserhöhungen im Herbst. Die von der Bundesregierung betriebene Politik, hohe Abgaben den Stromkunden aufzubürden und die Industriekonzerne zu entlasten, hat dazu geführt, dass Deutschland schon jetzt den zweithöchsten Strompreis in ganz Europa hat.

Soziale Liste:

Rats-TV für mehr Transparenz

Die Soziale Liste im Rat tritt für die Einführung des Rats-TV in Bochum ein. Neben der Nutzung durch Internet-Benutzer soll in den Bezirksverwaltungsstellen die Möglichkeit geschaffen werden, dass Menschen ohne Computer das Rats-TV verfolgen können.

Auch sollte geprüft werden, ob eine Übertragung per größerer Leinwand auf den Rathausplatz möglich ist, um darauf aufmerksam zu machen, dass eine Ratssitzung stattfindet.

Die Soziale Liste sieht in dem Rats-TV eine Möglichkeit mehr Interesse an der Kommunalpolitik und der Ratsarbeit zu wecken. „Außerdem", so Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste, „besteht die Möglichkeit mehr Transparenz über politische Entscheidungen zu schaffen. Politische Entscheidungen des Rates würden sich auch besser mit der öffentlichen Meinung vergleichen lassen."

Auch in Bochum:

Immer weniger Sozialwohnungen

Auch in Bochum gibt es immer weniger Sozialwohnungen, das bestätigte jetzt die Stadtverwaltung.

Grund sei der Wegfall der Mietpreis- und Belegungsbindung. Ende vergangenen Jahres gab es in Bochum noch knapp 17.000 Sozialwohnungen. Im Jahr 2020 werden es nur noch gut 14.000 sein. Neben preiswerten Mietwohnungen fehlen auch seniorengerechte Wohnungen.

Fußball EM 2012:

1,4 Milliarden für UEFA

Nach Rekordeinnahmen von 1,4 Milliarden Euro hat die Europäische Fußball-Union UEFA ein höchst zufriedenes Fazit der Europameisterschaft in Polen und der Ukraine gezogen.

Die Summe setzt sich vor allem aus Fernsehübertragungsrechten (815 Millionen Euro) und Ticketverkäufen (130 Millionen Euro) zusammen. Der Fußballverband sprach von einem „wunderbaren" Ergebnis.

Verfassungsgericht:

Flüchtlinge keine Menschen 2. Klasse!


Nuray Boyraz

Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen Asylbewerberleistungs-EmpfängerInnen begrüßt. „AsylbewerberInnen sind keine Menschen zweiter Klasse. Auch für sie gilt Artikel 1 des Grundgesetzes. Sie haben ein unveräußerliches Recht auf Menschenwürde. Und – diese ist nicht billiger zu haben als für andere Menschen in Deutschland", fasst Boyraz das bemerkenswerte Urteil zusammen.

„Musikzentrum“

Bürgerbegehren angelaufen!

Engagierte Bochumer BürgerInnen haben sich unter dem Motto „Ja zu Bochum – Nein zum ‘Musikzentrum’!” zusammengefunden, um den letzten Ratsbeschluss vom 5.7.12 zur Verwirklichung dieses Prestigeobjektes, das die Stadt Bochum vor nicht zu leistende finanzielle Herausforderungen stellt, durch ein Bürgerbegehren zu kassieren.



von Christoph Nitsch

Während die städtische Infrastruktur verrottet, über 20 Schulen vor der Schließung stehen und die Verwaltung gezwungen wird, ihr Personal in den nächsten 10 Jahren um 2.400 Stellen zu reduzieren, will sich die Stadt Bochum mit einem weiteren Prunkbau ein Denkmal setzen, da ja auch Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und andere Revierstädte bereits ein Konzerthaus besitzen!

Dieses Musikzentrum, „ein Konzerthaus mit Musikschulalibi”, wie es inoffiziell bei den Aktiven der neuen Bürgerinitiative heißt, ist so überflüssig wie ein Kropf. Den „BoSys” stehen in Bochum verschiedene Spielstädten zur Verfügung, die Soziale Liste hat sich zum Beispiel in den letzten Jahren oftmals für eine dauerhafte Nutzung der Jahrhunderthalle ausgesprochen.

Am Samstag, dem 4. August, startete nun also das Bürgerbegehren gegen das Musikzentrum auf dem Husemannplatz. Eine Hüpfburg, ein attraktives Kulturprogramm, gutgelaunte Aktive und ein Anliegen, das von den meisten BürgerInnen geteilt wird – dies waren die Zutaten für einen schönen ersten Erfolg: Über 500 Unterschriften in wenigen Stunden! Wir werden die weiteren Aktionen dieser Bürgerinitiative mit Sympathie begleiten und hoffen, dass sie die für einen Bürgerentscheid notwendigen ca. 12.800 Unterschriften bis Ende Oktober zusammenbekommen.

Die Unterschriftenliste kann unter: http://buergerbegehren-musikzentrum.de/wp-content/uploads/2012/08/Unterschriftenliste-JA-zu-Bochum-NEU2.pdf heruntergeladen werden!

Langendreer:

Leerstände am alten Bahnhof

Das traditionsreiche Geschäftsviertel am alten Bahnhof droht in die Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Die Vergrößerung der Einzelhandelsflächen in den Zentren und die Vernachlässigung der Ortsteile hat hier besonders verheerende Auswirkungen. Wo früher Kaufhäuser wie Dieler, Matrong oder Fachgeschäfte zum Einkauf einluden prägen heute Leerstände das Bild. Den I-Punkt bildet die Brandruine des früheren ‘Zwischenfalls’. „So kann es nicht weitergehen”, ist die Meinung von AnwohnerInnen. Einen kleinen Hoffnungsschimmer bildet jetzt die Mitteilung, dass sich eine große Drogeriemarktkette am alten Bahnhof ansiedeln will und dass sich engagierte BürgerInnen mit den Zuständen nicht abfinden wollen.



Verwahrlosung am alten Bahnhof: Die Brandruine des ‘Zwischenfalls’.

Soziale Liste im Rat will Klärung:

Entlastung der Organe der Sparkasse

Die Soziale Liste hat in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause der Entlastung der Organe der Sparkasse nicht zugestimmt und sich der Stimme enthalten. Ratsmitglied Günter Gleising begründete diese Haltung mit der Nichtoffenlegung des Sponsorings der Sparkasse, insbesondere für den Profisport und andere Events. Gleising bemängelte, dass die von der Sozialen Liste seit Jahren gestellten Fragen zum Sponsoring nicht ausreichend oder ausweichend beantwortet wurden.

Die Ratsmitglieder der Sozialen Liste wollten eigentlich gegen die Entlastung stimmen, wurden aber nach zweifacher Intervention der Rechtsdezernentin Diane Jägers mit zahlreichen juristischen Einlassungen zu einer Stimmenthaltung gedrängt. Die Dezernentin führte aus, dass die Entlastung nur verweigert werden kann, wenn Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung vorliegen. Diese Verweigerung sei gleichzeitig die „Erstattung einer Anzeige”.

„Ich habe mich deutlich unter Druck gesetzt gefühlt”, beschreibt Günter Gleising, der Ratssprecher der Sozialen Liste die Situation. Die Frage, ob Ratsmitglieder die Entlastung der Organe der Sparkasse (SpkG, §7 2f) verweigern können, oder tatsächlich mehr oder weniger zustimmen müssen, will die Ratsgruppe in den nächsten Wochen klären lassen.



Mit viel Geld sponsort die Sparkasse Events und den Profisport

Zechenunglück auf Lothringen in Gerthe:

Vor 100 Jahren 144 Tote

Fast 300 Menschen nahmen an einer Gedenkveranstaltung statt, um an das große verheerende Grubenunglück auf der Zeche Lothringen zu erinnern. Bei einer Schlagwetterexplosion am 8. August 1912 kamen in 350 Metern Tiefe 144 Bergleute ums Leben, viele wurden verletzt. Sicherheitsmängel und eine unzureichende Wetterführung (Frischluftzufuhr) waren die Hauptursachen für die Explosion.

In den Berichten zum 100. Jahrestag wurden kaum die Ursachen und Hintergründe des Unglücks benannt oder auf die damaligen Arbeitsbedingungen hingewiesen. Noch im März 1912 hatten die Bergleute des Ruhrreviers mit einem Streik, der gewaltsam unterdrückt worden war, auf ihre katastrophalen Lohn- und Arbeitsbedingungen hingewiesen. Selbst bei den Trauerfeierlichkeiten durften die Bergleute nur eine Randrolle spielen, wurden ihre Meinungsäußerungen unterdrückt. Rote Kranzschleifen beispielsweise mussten vor Beerdigungsbeginn in alter autoritärer preußischer Tradition entfernt werden oder wurden von der Polizei von den Gebinden gerissen und beschlagnahmt.

„Damals im Bochumer Norden” ist der Titel einer Ausstellung im Gerther Amtshaus, Heinrichstraße 42. die noch bis zum 14. September - montags und dienstags von 8 bis 17 Uhr, mittwochs von 8 bis 13 Uhr, donnerstags von 9 bis 18 Uhr sowie freitags von 8 bis 14 Uhr – besucht werden kann.



144 Bergleute sterben weil Kohle wichtiger war als Sicherheitsvorkehrungen und erträgliche Arbeitsbedingungen.
(Foto: Stadt Bochum)

Langendreer:

Diskussion um Linie 310

Hoch her ging es am Redaktionsstand der WAZ im Juli auf dem Marktplatz in Langendreer.

Thema war die Verlängerung der Staßenbahnlinie 310 und die bessere Anbindung des Stadtteils an Bochum und Witten. Unter der Moderation von Redakteur Michael Weeke trafen die seit Jahren bekannten Positionen des Für und Wider aufeinander.

Vor allem zahlreiche HausbesitzerInnen und ein Vertreter der Fa. Opel-Pieper meldeten Bedenken an und fürchteten die lange Bauzeit. Zahlreiche PassantInnen, aber auch Bezirksbürgermeister Busche (SPD), Günter Gleising (Soziale Liste) und Katharina Schubert-Loy (Grüne) hoben die besseren Entwicklungsmöglichkeiten des Bochumer Ostens hervor. Im Herbst soll Baubeginn sein.



Hitzige Diskussion am WAZ-Mobil

Querenburg:

Geht es wieder aufwärts?

Als im vergangenen Jahr der „Ankermieter” „Toom” seine Filiale im Uni-Center schloss, schien das wie ein Startschuss für einen weiteren Zerfall der Infrastruktur im Stadtteil zu sein.

Innerhalb kürzester Zeit standen auch weitere Ladenlokale leer und das Gerücht von der Schließung z. B. des „Weltbild”-Ladens und anderer stand im Raum. Die „kik”-Filiale schloss am Ende letzten Jahres wegen eines Wasserschadens, das Ladenlokal ist bis heute nicht besetzt. Die renommierte „Galerie Hebler“ steht leer, da das Kirchenforum veräußert wurde. Als letztes gab vor wenigen Wochen die Buchhandlung „Blätterwald” auf.

Seit Monaten geisterte das Gerücht durch den Stadtteil, dass in der verlassenen „Toom”-Lokalität sich eine „Kaufpark”-Filiale bis spätestens Ende Juni/Ende Juli ansiedeln würde. Großspurig brüstete die Querenburger SPD sich in Aushängen damit, dass Bezirksbürgermeister Breitkopf-Inhoff und Bürgermeisterin Schäfer diese Neuansiedlung bewirkt hätten. In der Bochumer Presse hingegen wurde auch ein anderer Verantwortlicher genannt: Sascha Merz von den „Freien Bürgern”.

Nun ist es also amtlich, dass der neue Kaufpark am 28.08.2012 eröffnet hat. Ob dies für den Stadtteil entscheidende positive Impulse setzen wird, bleibt fraglich – immerhin hat vor Kurzen im Center ein neues Eiscafe eröffnet. Dies alles ändert jedoch nichts an dem desolaten Zustand der Wohnverhältnisse im Center. Der irische Centerbesitzer Louis Comer ist offenbar weiterhin nicht bereit, die schwerwiegenden Mietmängel zu beseitigen und sieht im Uni-Center wohl nur ein Abschreibungsobjekt.

Christoph Nitsch

UMfairTEILEN ist angesagt



Großdemonstration am Samstag, 29. September in Bochum.
Infos: http://www.pott-umfairteilen.de

Hans-Böckler-Str. / City-Passage / Rathaus:

Soziale Liste fordert Zebrastreifen

Die Soziale Liste im Rat sieht in dem Verkehrsbereich Sicherheit für FußgängerInnen Hans-Böckler-Str. / City-Passage / Rathaus nach wie vor ein hohes Gefährdungs- und Unfallpotential.

Die komplizierte Verkehrsführung und das Verhalten einzelner VerkehrteilnehmerInnen in dem Bereich führen besonders für FußgängerInnen immer wieder zu gefährlichen Situationen. An dieser Stelle ist es in verkehrsstarken Zeiten, insbesondere für Familien mit Kindern und älteren Menschen z. B. mit Rollator, besonders schwierig die Straße zu überqueren, da in diesem engen Bereich U-Bahnen / Straßenbahnen, Busse sowie PKWs als auch Lieferverkehr (LKW) verkehren. Die Soziale Liste stellt daher die Forderung auf, eine großflächige Querungshilfe bzw. einen Zebrastreifen anzulegen.



Hier fehlt ein Zebrastreifen.

In Goldhamme:

Kein Autohof!

Die Pläne für den Bau eines Autohofes, mit Tankstelle, Restaurant und großem LKW-Parkplatz, nördlich des Westkreuzes an der Grenze von Bochum und Wattenscheid sind gescheitert. Das teilte die Verwaltung der Stadt Bochum der Sozialen Liste im Rat mit.

Ratsmitglied Günter Gleising hatte im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Stadtentwicklung eine entsprechende Anfrage gestellt. „Aufgrund der Nähe zur Wohnbebauung sowie des Begleitplanes für Ausgleichsflächen der Baumaßnahme Westkreuz konnten in diesem Bereich die Pläne eines Großinvestors nicht realisiert werden", so die Verwaltung in ihrer Mitteilung.



Damit können sich die AnwohnerInnen der Elbinger- und Johannisburgerstraße u. a. angrenzender Straßen freuen, dass ihnen der Autohof und die daraus resultierenden Belastungen erspart bleiben. „Erfreulich", so Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste, „ist die Mitteilung, dass das Projekt Autohof im Stadtgebiet mangels geeigneter Flächen nicht weiter verfolgt werden soll."

Tana als Denkmal



Tana Schanzara, die populäre Schauspielerin, ist jetzt als Denkmal zum Schauspielhaus zurückgekehrt.

Fortsetzung von Seite 1:

Opel und die Eigentumsfrage

Dass die Opel-Werke I und II eine Perspektive haben könnten, zeigen Darstellungen und Studien der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. So hatte Prof. Henning Wallentowitz im Mai im Ratsausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Stadtentwicklung zahlreiche Vorschläge für eine neue Produktion in den beiden Bochumer Werken gemacht. Dies waren insbesondere die Bereiche alternative Antriebe, Komponentenfertigung, Elektromobilität und Bildung eines Automobilclusters. Wallentowitz wörtlich: „Aber alles ist abhängig von Detroit."

Die Soziale Liste schließt sich den Forderungen der Belegschaft und der Gewerkschaften an, endlich die Unsicherheit für die Opel-Beschäftigten zu beenden. „Die Opel-Werke brauchen eine Perspektive, um umweltverträgliche, ökonomisch sinnvolle und zukunftsträchtige Produkte herstellen zu können", fordert Günter Gleising. Dem US-amerikanischen Konzern GM muss mit geeigneten Mitteln die deutsche Gesetzeslage deutlich gemacht werden, die in Artikel 14 des Grundgesetzes bestimmt, dass „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen" und in Art. 15 das Instrumentarium für eine Sozialisierung vorsieht.

OPEL-Werk II

Anfrage der Sozialen Liste

Im April hat die Sozialen Liste im Rat folgende Anfrage an die Verwaltung gestellt:
„Kürzlich wurde berichtet: 'Stadt will Opelwerk 2 für symbolischen Preis kaufen'
Wir fragen an:

1. Stimmt diese Meldung?
2. Von wem ging die Initiative für diese Gespräche aus, mit welcher genauen Zielsetzung werden sie geführt?
3. Worin soll die „Hilfe" der Stadt konkret bestehen?
4. Hat GM überhaupt vor die Produktion über 2013 hinausweiterzuführen?
5. Die Anlagen und Arbeitsplätze im Werk II sollten in jedem Fall ausgebaut werden. Z.B. für die Produktion von Fahrzeugen mit regenerativen Energien als Basis. Welche Überlegungen gibt es dazu?
6. Wenn die Stadt Eigentümerin der Grundstücks würde, wer trägt die Sanierungskosten? Nach fast 50 Jahren Produktion mit Schmierstoffen, einer Härterei, Beschichtungsanlagen usw. ist das ein unübersehbares Risiko. Wie hoch wären die Sanierungskosten anzusiedeln?"

Opel-Ansiedlung vor 50 Jahren:

250 Mio. Subventionen

Wenn Opel jetzt Teile der Bochumer Werke zu „marktüblichen" Preisen verkaufen will, muss daran erinnert werden, dass der Konzern das Gelände zu einem Wirtschaftsförderungspreis fast geschenkt bekommen hat.
Die Ansiedlung der Opel-Werke von 1960-1962 in Bochum ist nämlich vom Land NRW und Stadt Bochum hoch subventioniert worden. Insgesamt sollen sich die Kosten, die die öffentlichen Hand für die Ansiedlung von Opel in Bochum aufgebracht hat, auf 250 Mio. Euro belaufen. Allein die Stadt Bochum hat 100 Mio. Euro für die Opel-Ansiedlung aufgebracht. Finanziert wurden damit Zechenstillegungen, Entschädigungen, Infrastrukturmaßnahmen sowie Bürgschaften und vieles mehr. Diese Zahlen gehen aus der Broschüre unter dem Titel „Opel kommt..." heraus, die der Ruhr*Echo*-Verlag kürzlich als Reprint neu aufgelegt hat.

Spanische Bergarbeiter:

Solidarität mit Streikenden

Die Soziale Liste im Rat hat den kämpfenden spanischen Bergleuten in Asturien solidarische Grüße übermittelt. Seit Monaten streiken und protestieren rund 8.500 spanische Bergleute gegen das Zechenschliessungsprogramm der EU und der spanischen Regierung.

Die Industrieregion Asturien in Spanien, mit ihrer Hauptstadt Oviedo ist seit vielen Jahren ein Zentrum der spanischen Arbeiterbewegung. Die Region befindet sich wie Bochum und das Ruhrgebiet in einem tiefgreifenden Strukturwandel, dessen Lasten auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Bochum ist mit der asturischen Region und seiner Hauptstadt Oviedo lange durch eine Städtepartnerschaft verbunden.



Bergarbeiter in Madrid

„10 Jahre Hartz Reformen":

Die Reichen wurden reicher

„Die sogenannten Hartz-Reformen mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe haben die vorgegebenen Ziele verfehlt und stattdessen die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben und den sog. Arbeitsmarkt dem Kapital und der Wirtschaft ausgeliefert. Den Kommunen wie Bochum brachten die Gesetze höhere Ausgaben und Verschuldung". Diese Bewertung nahm die Soziale Liste anlässlich des 10. Jahrestages der Bekanntgabe der Hartz Reform vor.

Erinnert werden muss auch an die damaligen „Macher". Gerhard Schröder ist heute Wirtschafts-Lobbyist, der Sozialdemokrat Wolfgang Clement ist bei der FDP gelandet und Peter Hartz wurde zum Kriminellen, der 2007 sein Bundesverdienstkreuz abgeben musste.

Rotstift IV:

Notschlafstelle in WAT erhalten

Durch die drastischen Haushaltskürzungen der Stadt ist die Existenz der Notschlafstelle in der Swidbertstraße bedroht. Der Schlafstelle für Obdachlose und dem betreuten Mittagstisch sind zudem die Räume in der Swidbertschule gekündigt worden. Mit Protestaktionen wird zur Zeit auf die Situation aufmerksam gemacht und gefordert die Einrichtungen zu erhalten.

60 Mio. Euro jährlich beträgt das Kürzungs- und Einsparvolumen des Haushaltssicherungskonzepts, das von SPD, Grünen und UWG beschlossen worden ist.

Rotstift I:

Weniger Blumen und Wasser

Die von der Mehrheit des Rates beschlossenen Einsparungen werden im Bochumer Stadtbild immer sichtbarer.
So wurden einige Springbrunnen abgeschaltet und die Bepflanzung mit Blumen deutlich verringert. Der Brunnen am BVZ/Rathaus sprudelt zwar noch, die Blumenrabatten auf der Fläche davor aber sind verschwunden.



Bie Blumen fehlen.

Rotstift II:

Schlangen im Rathaus

Die von der Mehrheit des Rates beschlossenen Einsparungen werden im Bochumer Stadtbild immer sichtbarer.
Vor dem Bürgerbüro und vor allem dem Ausländeramt bilden sich immer wieder lange Schlagen von Menschen, die ihren Pass verlängern lassen wollen oder andere Anliegen haben. Bis zum Jahr 2023 will die Verwaltung 1.000 Arbeitsplätze abbauen. Die Folgen: Weniger Dienstleistungen, lange Wartezeiten, schlechtere Beratung.



Warten vor dem Bürgerbüro

Rotstift III:

Gesperrte Brücken

Die von der Mehrheit des Rates beschlossenen Einsparungen werden im Bochumer Stadtbild immer sichtbarer.
Unter anderem in Hordel, Weitmar und Werne wurden Brücken teilweise oder ganz gesperrt, weil die Kosten für die Reparatur und Instandsetzung nicht aufgebracht werden können.



Die Rüsingstraße wird von der von Waldthausenstr./ Wittekindstr. getrennt.

Langendreer:

„Bänke raus" – Premiere für die Soziale Liste Bochum


von Michael Eichelberger

Bereits zum zweiten Mal fand am 10.06.2012 im Bochumer Osten, genauer gesagt in Langendreer am Stern, 'Alte Bahnhofstrasse', die 'non-profit'-Veranstaltung „Bänke raus" statt. Dieses Fest ist von BürgerInnen für BürgerInnen gestaltet und ins Leben gerufen worden, auch unter Mitwirkung der ansässigen Werbegemeinschaft 'Alter Bahnhof'.

Zu diesem Event kann jeder, ob Privatperson, Verein, Initiative, Geschäft oder Betrieb Tische und Bänke anmieten um sich darzustellen, Kontakte zu knüpfen oder zu vertiefen, zu informieren oder einfach nur einen schönen Tag zu verbringen.

Die Bedingungen waren optimal. Sehr gute Planung und Durchführung durch das ehrenamtliche Organisationsteam, freundliches, kooperatives Verhalten der Teilnehmer und nicht zuletzt die tollen Besucher – vorwiegend Langendreerer – sorgten für einen gelungenen Tag. Norbert Kurtz vom Orga-Team hatte gutes Wetter prognostiziert: „Da wir ja alle drei Kirchen an Bord haben, müsste das ja klappen." Er sollte recht behalten.

Die Mitglieder der Sozialen Liste Bochum führten am Stand lebhafte Diskussionen mit den BürgerInnen, sammelten Unterschriften für den Erhalt des Opel-Produktionsstandortes Bochum, verteilten Informationsmaterial und verschenkten zur Freude der kleinen BürgerInnen Süssigkeiten und Luftballons.

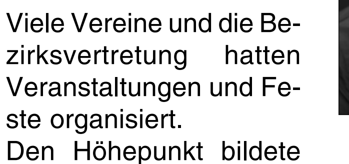
Das Fest war eine tolle Bereicherung für unsere politische Arbeit. Wir danken an dieser Stelle nochmal den Organisatoren und allen helfenden Händen. Nächstes Jahr sind wir wieder dabei – keine Frage.

Harpen:

1812 Marktrechte verliehen


von Helgard Althoff

An die Verleihung der Marktrechte an das Dorf Harpen im Jahr 1812 wurde in den letzten Wochen erinnert.



Viele Vereine und die Bezirksvertretung hatten Veranstaltungen und Feste organisiert.
Den Höhepunkt bildete die Dorffest-Kirmes im August an der Vinzentius-Kirche. Obwohl eine große Bergbaugesellschaft, die Harpener Bergbau AG in Harpen gegründet wurde, blieb der Ort lange ein Dorf, das im Schatten von Gerthe stand. Heute gehört Harpen zum Stadtbezirk Bochum-Nord.

Urteil des Bundessozialgerichts (BSG):

Bedürftigen steht mehr Wohnraum zu


von Ulrich Achenbach

Das BSG hat mit Urteil vom 16.5.2012, B 4 AS 109/11 R entschieden, dass die Grenzen für angemessenen Wohnraum für Empfänger des ALG II oder der Grundsicherung angehoben werden müssen. Das BSG verweist dazu auf die Wohnraumgrößen für Wohnberechtigte im sozialen Mietwohnungsbau.

Einem allein stehenden Hilfebedürftigen stehen demnach 50 qm Wohnfläche zu. Die örtlichen Wohnungsrichtlinien der Stadt Bochum entsprechen daher nicht der Rechtsprechung des BSG. Das Sozialgericht Dortmund und das Landessozialgericht Essen informierten bereits im Frühjahr das Jobcenter Bochum über diesen Sachverhalt.

Am 21.6.2012 hat die Stadt Bochum neue Mietobergrenzen (MOG) festgelegt, die sich nach der Bruttokaltmiete richten. Diese Ermittlung der MOG ist nach dem Urteil des BSG zwar für eine Übergangszeit zulässig, verpflichtet die Kommunen jedoch, ein schlüssiges Konzept zur Bestimmung der MOG zu erarbeiten. Dazu müsste die Stadt Bochum mit Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften, dem Mieterverein und Vermietervereinigungen zusammenarbeiten, evtl. wäre die Hilfe eines auswärtigen Instituts erforderlich, das kann die Stadt mehrere hunderttausend Euro kosten.
Je nach Einzelfall kann der Leistungsempfänger eine Nachzahlung der Kosten der Unterkunft (KdU) beanspruchen. Die Soziale Liste rät den betroffenen Hartz IV-EmpfängerInnen und BezieherInnen der Grundsicherung nach dem SGB XII, einen Überprüfungsantrag zu den KdU nach § 44 Sozialgesetzbuch I beim Jobcenter zu stellen. Antragsformulare sind beim Jobcenter, beim Mieterverein Bochum oder auch den örtlichen Beratungsstellen für Erwerbslose erhältlich.

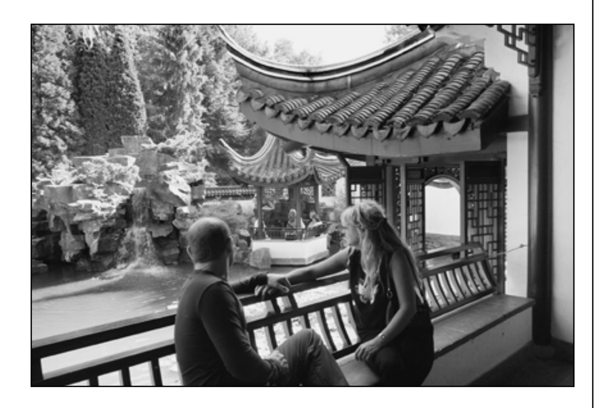


Ausflugs-Tipp:

Der Botanische Garten

Hinter der Betonwüste der Ruhr-Universität Bochum befindet sich eine grüne Oase, die hier kaum jemand vermuten würde. Bei Botanikern gilt der Garten als einer der besten Deutschlands. Was viele nicht wissen, er ist auch als Ausflugsziel beliebt.

Die Flächen des Botanischen Gartens sind in die Vegetationszonen der Kontinente Asien, Europa und Nord-Amerika eingeteilt. In den Gewächshäusern sind dagegen die Pflanzen untergebracht, die in unserem heimischen Klima nicht gedeihen würden. Besonders beeindruckend ist dabei das Tropenhaus. Während hier eine Art Dschungelfeeling aufkommt, ist im Chinesischen Garten eine Begegnung mit fernöstlicher Kultur erlebbar.
Öffnungszeiten: April bis September: 9-18 Uhr und Oktober bis März: von 9-16 Uhr
Eintritt ist kostenlos. Weitere Infos: http://www.boga.ruhr-uni-bochum.de


Im Chinesischen Garten

Soziale Liste fordert Neubepflanzung

Bäume für den Husemannplatz

Die Soziale Liste im Rat wendet sich energisch gegen die Ausdünnung des Baumbestandes auf dem Husemannplatz.

Die Bäume sind bei den auf dem Husemannplatz verweilenden Bürgerinnen und Bürgern beliebt und stellen ein wichtiges Element in der Platzgestaltung dar. In der Vergangenheit wurden vier Bäume von der Stadt gefällt.



Die Soziale Liste fordert, dass die gefällten Linden auf dem Husemannplatz umgehend durch Neupflanzungen ersetzt werden. Gegebenenfalls müssen diese aus dem Pool für Ersatzbepflanzungen / Ausgleichszahlungen (§ 7 der Baumschutzsatzung) finanziert werden.

Wir dokumentieren:

Ein Brief an Zalando

"Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Entsetzen musste ich aus dem Internet erfahren, dass die Arbeitsbedingungen Ihrer Mitarbeiter menschenunwürdig sind. Wie das ZDF berichtete, werden Stundendumpinglöhne von 7,01 Euro pro Stunde gezahlt. Weiterhin lassen die sanitären Einrichtungen sehr zu wünschen übrig und die Arbeitsplätze werden videoüberwacht.
Nach weiteren Recherchen erfuhr ich, dass für diese Bedingungen ein Subunternehmen von Ihnen verantwortlich ist. Das ist jedoch keine Entschuldigung, denn Sie haben als Auftraggeber eine Kontrollpflicht. Inzwischen sagten Sie zwar eine Prüfung und Beseitigung der Mängel (Toiletten) zu, sind aber zu weiteren Interviews mit den Medien nicht bereit.
Obwohl ich bei Ihnen günstig eingekauft habe, bin ich davon ausgegangen, dass Ihre hervorragende Qualität auch für die Arbeitsbedingungen und das Gehalt Ihrer Beschäftigten gilt.

Ich werde in Zukunft nicht mehr bei Ihnen bestellen, es sei denn, wenn ich eine schriftliche nachprüfbare Zusage von Ihrem Unternehmen erhalte, dass
a) die Video-Überwachung der Arbeitsplätze eingestellt wurde
b) die sanitären Anlagen menschenwürdig sind
c) die Mitarbeiter im Lager auch Sitzmöglichkeiten haben
d) Löhne und Gehälter gezahlt werden, von denen man menschenwürdig leben kann.
Dann würde ich auch gerne Versandkosten oder etwas höhere Preise akzeptieren.
Mit freundlichem Gruß, Ulrich Achenbach"

Umgehend erhielt Herr Achenbach eine eMail von Zalando, in der das Unternehmen mitteilt, falsch dargestellt worden zu sein und Veränderungen ankündigt.

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform" immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.
Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein.
Konsequent und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen.Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

**Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00**

Ich möchte...

- ❍ Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- ❍ Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- ❍ Mitglied werden.

Name: ____________________
Straße: ____________________
PLZ,Ort: ____________________
Tel.: ____________________

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an neben stehende Adresse schicken.

Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat, Ratsgruppe
V.i.S.d.P.: Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 2-8, 44777 Bochum.
Druck: Rollenoffset-Druck Kiel GmbH, Kiel
E-Mail:
SozialeListeImRat@bochum.de
oder
info@soziale-liste-bochum.de
Internet: www.soziale-liste-bochum.de
Telefon: 0234 - 910 10 47
Fax: 0234 - 910 10 48